

Gerd Steffens

Der Weltbürger als Untertan?

Macht, Öffentlichkeit und politische Sozialisation in der neuen Weltpolitik

(gekürzt in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2003)

Englische und amerikanische Beiträge zur Debatte über den Irak-Krieg oder die Neue Weltordnung bedienen sich in letzter Zeit nicht selten originalsprachlich verwendeter deutscher Begriffe, um Angelpunkte ihrer Argumentation zu fixieren. So spricht Ted Honderich in seinem umstrittenen Buch „Nach dem Terror“ von „Realpolitik“, wenn er das Politikmodell kennzeichnen will, dem seine Kritik gilt.¹ In Robert Kagans neokonservativem Manifest der Neuen Weltordnung² bildet das originalsprachliche Label „Machtpolitik“ den Zentralbegriff eines Politikverständnisses, welches in polemischer Entgegensetzung zu verständigungsorientierten Versionen von Politik entwickelt wird. Sogar „Blitzkrieg“, Inbegriff Hitlerscher Panzerstrategie und im Schlieffen-Plan als - dann fehlgeschlagener - Eröffnungszug des Ersten Weltkriegs zuerst konzeptualisiert, gelangt als Eckbegriff militärischer Flankierung des neuen Weltverständnisses wieder zu Ehren. In „Foreign Affairs“ etwa findet Max Boot, dass der schnelle und mit geringen eigenen Opfern erreichte Sieg über den Irak den bisherigen „gold standard of operational excellence“ abgelöst habe, den „the German blitzkrieg through the Low Countries and France in 1940“ bis dahin gebildet habe.³

Begriffe stellen sich nicht von ungefähr ein, und in den zitierten Fällen legen die Autoren offenbar Wert darauf, sie durch den originalsprachlichen Gebrauch historisch eindeutig zu situieren. Warum aber greifen heutige Autoren zu *dieser* historischen Referenz? Welche Züge des deutschen Kaiserreichs und seines nationalsozialistischen Wiedergängers sind es, die ein Paradigma konfigurieren, welches für heutige Situationen, Problemdefinitionen oder Weltsichten erhellend

¹ Elisabeth v. Thadden, *Verkehrte Welt*, Die Zeit, 14. 8. 2003. - Honderichs Buch ist durch den Verlag (Suhrkamp) nach einer Debatte um die Sichtweise palästinensischer Selbstmordanschläge mittlerweile vom Markt genommen worden.

² Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003

erscheinen kann? Oder sogar attraktiv: denn es sind ja die positiven Konnotationen im Aufruf dieser Vergangenheit, die verblüffen, zumal sie aus der Perspektive der gegenwärtigen Eliten der westlichen Vormacht eine Lesart der deutschen Geschichte nahelegen scheinen, die die Ankömmlinge auf dem „langen Weg nach Westen“ (H. A. Winkler) ironisch wieder zurückschickt. Wie Weltsicht und Geschichtsdenken der neokonservativen Gruppe von rechten Politikern und Intellektuellen, die eine Art Lenkungsausschuss der US-Regierung bilden⁴, sich in politischer Strategie und Regierungspraxis verknüpfen, hat niemand deutlicher als Robert Kagan offengelegt.⁵ An seiner Argumentation lässt sich die Frage danach, welche Rolle den Menschen selbst, den Subjekten von Politik als gesellschaftlicher Selbststeuerung, in der neuen Weltpolitik eigentlich zukommt, in einem ersten Zugang profilieren.

Die neue, alte moralische Teilbarkeit der Welt

Unter dem ganz auf Machtpolitik und deren staatliche Akteure zentrierten Blick Kagans entsteht ein eigentümliches Bild der Geschichte des 20. Jahrhunderts, frei von gesellschaftlichen Kämpfen um Interessen, Anerkennung und Zugehörigkeiten, frei von konkurrierenden Gesellschaftsentwürfen und Ordnungskonzepten, von politischen Strömungen und Parteien oder von Massenbewegungen und ihren Akteuren, eine Art Legoland der Kabinettpolitik. Als historische Folie verwendet lässt eine derart von gesellschaftlichen Zielen und Auseinandersetzungen entkoppelte staatliche Machtpolitik etwa von der Geschichte des Nationalsozialismus nichts anderes zurück als den Begriff des „Appeasement“ als Metapher für die Ursünde gegen den Geist der Machtpolitik und als einzig zugelassene historische Lerngelegenheit. „München“, nicht „Auschwitz“ ist in dieser Sicht der Dreh- und Angelpunkt der neueren Geschichte, und daher ist „die ‚Lektion von München‘ ... immer noch das bestimmende Paradigma“ für „das strategische Denken der USA“,⁶ offenbar ganz ungeachtet des nicht unbeträchtlichen Unterschiedes, ob, wie in München, ein Diktator im vollen Aufwind eines aggressiven Expansionismus handelt

³ Max Boot, The New American Way of War, in: Foreign Affairs, July/August 2003, After Saddam, S.44

⁴ Vgl. etwa Michael Mann, Die ohnmächtige Supermacht, Frankfurt/New York 2003, S. 12 ff.; Ernst-Otto Czempiel, Weltpolitik im Umbruch, München 2002, S. 94ff.; Joseph S. Nye, Jr, U.S. Power and Strategy after Iraq, in; Foreign Affairs, a.a.O., S.63f.; auch Kagan, a.a.O., S. 96ff.

⁵ Die Argumentation Kagans wurde dem deutschen Publikum zuerst in dieser Zeitschrift („Was die vereinigten Staaten und Europa auseinandertreibt“, Blätter 10/2002, S. 1194ff.) zugänglich gemacht. Die Stellungnahmen dazu („Gulliver vs. Liliput“ in 11/2002, S. 1345ff.) greifen den für meine Argumentation wichtigen Zusammenhang von Geschichtsbild, Moralhorizont und Bürgerrolle weniger auf. Er wird in diesem und dem folgenden Abschnitt an der Buchfassung des Essays von Kagan entwickelt.

⁶ Kagan, a.a.O., S. 107

oder ob die Handlungsfelder diktatorischer Politik bereits auf – von außen zudem rigoros überwachte – Restbestände zusammengedrückt worden sind.

In dieser Sicht wird eine verständigungsorientierte, auf das Medium des internationalen Rechts zentrierte Politik zu einer reinen Defizitform von Politik, nur deshalb verständigungsorientiert und rechtsförmig, weil sie mangels eigener militärischer Mittel nicht machtförmig sein kann. Dieses im Kern naturalistische Verständnis von Politik, nach welchem Menschen und Staaten gleichsam als Automaten der Natur nach Maßgabe von Stärke und Schwäche aneinander handeln, wird bei Kagan – anders als bei Hobbes – nicht vertragstheoretisch balanciert. Während dort das wechselseitig unterstellte Interesse an Selbsterhaltung zur Grundlage der vereinbarten Unterwerfung unter das Gewaltmonopol des Staates wird und damit der ‚Kampf aller gegen alle‘, d.h. die Praxis, Konflikte durch Gewalt zu entscheiden, stillgestellt wird, wird diese Praxis in den Argumentationen von Kagan gerade geöffnet.

Die „Hobbessche Welt“, als deren Held Kagan die USA auftreten lässt, ist gerade nicht die Welt von Hobbes⁷, in der alle schließlich entdecken, dass das Problem, das jeder einzelne hat, das Problem aller ist und in der diese Entdeckung die Lösung bringt, sondern es ist eine streng zweigeteilte Welt von Drinnen und Draußen, in der es eine grenzüberschreitende Wirkung von Wechselseitigkeit nicht gibt. Die Unterscheidung von Drinnen und Draußen, Freund und Feind, „wir“ und „sie“ als Basisentscheidung der Weltkonstruktion ist notwendig mit einer klaren Trennung von Binnenmoral und Außenmoral verknüpft, und die moralischen Regeln, die das Binnenleben homogener Gemeinschaften oft mit hoher Intensität von Wechselseitigkeit und Solidarität ausstatten, gelten gerade nicht im Umgang mit der Außenwelt. Es ist das geteilte Einverständnis in diese Spaltung der moralischen Welt und seine Bekräftigung in der moralischen Alltagspraxis, welches die hohe Kohäsion streng abgegrenzter Binnengesellschaften, wie z.B. der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, bewirkt.

Eine solche moralische Aufspaltung der Welt in Sphären regelgesicherter Wechselseitigkeit und Anerkennung einerseits und der Rechtlosigkeit oder minderen Berechtigung andererseits *nicht wieder zuzulassen*, ist der Kern eines politisch-moralischen Konsenses gewesen, der in der Nachkriegszeit sich weithin

⁷ Vgl. dazu U.K. Preuß: Eher Nietzsche als Hobbes, Blätter, 11/2002, S. 1357f. (vgl. Anm.5)

durchgesetzt hat. Er hat sich in Europa in den historischen Selbstreflexionen ehemals faschistischer Gesellschaften und kolonialistischer Staaten sicher besonders prägnant und mit gesellschaftlicher Tiefenwirkung ausgeprägt, war aber keineswegs auf Europa beschränkt. Die allseitige Anerkennung der moralischen Unteilbarkeit der Welt war nicht nur die moralische und legitimatorische Grundlage der antikolonialen Befreiungsbewegungen ebenso wie innergesellschaftlicher Emanzipationskampagnen, sondern sie bildete auch den selbstverständlichen und konkurrenzlosen Legitimationsrahmen für die Politikentwürfe beider Lager im Zeitalter der Systemkonkurrenz.

Es ist eben dieser Nachkriegskonsens eines nicht hintergehbaren moralischen Universalismus, der in den Argumentationen von Robert Kagan zur Disposition gestellt wird. Die Herausforderung bestehe „darin, sich an den Gedanken der Doppelmoral zu gewöhnen“. „Im Umgang miteinander“, so der Vorschlag für die neue Grundnorm der Weltpolitik, „halten wir uns an Recht und Gesetz, doch wenn wir im Dschungel agieren, müssen wir uns nach den Gesetzen des Dschungels richten“.⁸

Überdeutlich signalisiert der Rückfall in die Bilderwelt primitiver Rechtfertigungen des Kolonialismus - ebenso wie der originalsprachliche Gebrauch hochsymbolischer und epochaltypischer Begriffe wie „Machtpolitik“ und „Blitzkrieg“ oder der Rückgriff auf einen Denkstil, der zu vorbehaltlosen Freund-Feind-Strukturierungen der politischen Welt zwingt - den Wunsch, Europa möge zu einem politischen Selbstverständnis zurückkehren, welches weder durch die Massaker des 1. Weltkrieges, noch durch Auschwitz oder den deutschen Vernichtungskrieg im Osten oder die kolonialen Unterdrückungspraxen und Befreiungskämpfe berührt ist. Und weil Europa bislang nicht bereit ist, im Umgang mit der außereuropäischen Welt, wie der von Kagan zitierte Blair-Berater Cooper unverblümt sagt, „auf die rauerer Methoden einer früheren Epoche zurück(zu)greifen – Gewalt, Präventivschlag, Täuschung und was sonst noch notwendig sein mag“, müssen die Vereinigten Staaten in der Logik Kagans dies umso mehr: „Sie sind gezwungen, die Einhaltung gewisser internationaler Abkommen zu verweigern, die ihre Fähigkeit, in Robert Coopers Dschungel erfolgreich zu kämpfen, beeinträchtigen könnten. <...> Sie müssen mit einer Doppelmoral leben“.⁹

Citoyen bleiben oder Untertan wieder werden?

⁸ Kagan, a.a.O., S.86f.

Dass die Lizenz zur Doppelmoral nicht nur gelegentlich und verlegen, sondern in aller Offenheit und systematisch in Anspruch genommen und praktiziert wird, unterscheidet die Politik der Bush-Administration von der ihrer nicht minder mächtigen Vorgänger so deutlich, dass in der Tat von einem neuen Politikstil gesprochen werden muss. Wenn Wechselseitigkeit nicht mehr als selbstverständliche Grundlage aller rechtlichen und politischen Beziehungen anerkannt ist (wie sehr auch in einzelnen Handlungen dagegen verstoßen werden mag), sondern als Gunst des Mächtigen selektiv und von Fall zu Fall nur gewährt wird, zerbricht der bisherige regulative Bezugsrahmen von Politik. Dieser nach dem 11. 9. und insbesondere mit dem Irak-Krieg demonstrativ herbeigeführte Politikwandel wirkt *auf allen Ebenen* des politischen Prozesses, nicht nur auf der verhältnismäßig hell ausgeleuchteten Bühne der internationalen Politik. Was auf der Ebene der Internationalen Beziehungen als Angriff eines imperialen Unilateralismus auf den Multilateralismus völkerrechtlich geordneter Beziehungen beschreibbar ist, stellt mit der Aufkündigung eines partnerschaftlichen Beziehungsmusters durch die Supermacht nicht nur Regierungen vor eine nötigende Wahl zwischen Gefolgschaft und Stigmatisierung. *These dieses Essays ist, dass das Konzept einer moralischen Zweiteilung der Welt, der Unterscheidung von Drinnen und Draußen, Freund und Feind als Matrix aller politischer Beziehungen wirkt und deshalb auch die Individuen als Subjekte der politischen Willensbildung innerhalb der Staaten betrifft* und sie vor die Wahl zwischen Gefolgschaft und Teilhabe, Anpassung und Widerstand stellt, also vor die Frage, ob sie „citoyens“ bleiben oder „Untertanen“ wieder werden wollen.

Es ist ja die von Kagan aufgerufene Welt der deutschen Machtpolitik, die auch das Paradigma der subjektiven Gestalt des Machtstaats, den „Untertan“, hervorgebracht hat, dessen meisterhafte satirische Beschreibung durch Heinrich Mann sich so weitgehend mit der Wunschvorstellung der kaiserlichen Elite deckte. In der erzählenden Analyse des autoritären Charakters als der individuellen Passform der machtstaatlichen Ordnung zeichnet Mann den „Untertan“ eben nicht nur als ein Resultat von Erziehung und Milieu, sondern auch als sich ständig erneuerndes Produkt der öffentlichen Repräsentation von Macht. In dieser Welt bildeten nicht Diskurse gesellschafts- oder klassenbezogener Selbstverständigung, sondern der Kult autoritärer, selbstbezüglicher Macht das primäre Medium politischer Sozialisation. Deren überwältigende Wirksamkeit trat nicht nur im „Geist von 1914“

⁹ Ebd. S. 87 u. 117

zutage, der begeistert vollzogenen kollektiven Selbstentmündigung; in der „Erfindung der Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“¹⁰ schuf sie zugleich den Rahmen eines bis 1945 dominanten subjektiven politischen Selbstverständnisses der unbedingten völkisch-nationalen Einordnung, an deren mentaler Gewalt die Weimarer Republik scheiterte und aus der individuell schließlich nur um den Preis der Flucht, der Freiheit oder des Lebens zu entkommen war.

Für den deutschen Machtstaat war das Einverständnis der Subjekte in ihre politische Entmündigung Bedingung seiner Erhaltung und seiner Durchsetzungskraft. Mit *diesem* Machtstaat war, wie sein scharfsinnigster Theoretiker, Carl Schmitt, herausarbeitete, Demokratie nur als akklamative Demokratie eines homogenen Volkskörpers vereinbar¹¹, de facto also als akklamativ legitimierter Führerstaat, keineswegs aber als Arena gesellschaftlicher Interessen- und politischer Meinungskämpfe. Während akklamative Verhältnisse gleich welcher Art von der Bereitschaft der Subjekte leben, ihr Urteilsvermögen in der Homogenität ethnischer, kultureller oder nationaler Gemeinschaften aufzulösen oder sich als Untertanen dem „großen Ganzen“ unterzuordnen, wie Heinrich Manns Protagonist Diederich Heßling, ist das Urteilsvermögen der Subjekte und deren Teilnahme am Meinungskampf *die* Existenzbedingung einer Demokratie, die die politische Form der Selbststeuerung von Gesellschaft sein will.

Botschaften der Nicht-Achtung: Machtinszenierung und Konsistenzverweigerung

Die Differenz zwischen tendenziell identitärer und pluralistischer Demokratie lässt sich auch im Hinblick auf die Perspektiven beschreiben, aus denen die Welt wahrgenommen und beurteilt wird. In der Arena der Interessen- und Meinungskämpfe können sich grundsätzlich alle Sichtweisen zur Geltung bringen, und unter der regulativen Zentralidee der Wechselseitigkeit können sie ihre Beachtung einfordern und gegebenenfalls einklagen. Identitäre Herrschaftsmodelle hingegen sind in dem Maße stabil, wie es gelingt, die Bürger auf die Perspektive der Herrschaft als alternativlose Zentralperspektive der Weltwahrnehmung und deren Erhaltung zu verpflichten. Funktioniert die einvernehmende Kraft solcher perspektivischen Verpflichtung, so reduziert sich der Spielraum von Kritik auf die Marge an Effizienz, mit der das nationale Interesse verfolgt werden mag. So beurteilt etwa der renommierte amerikanische Politikwissenschaftler Nye die Irak-Politik der

¹⁰ Jeffrey Verhey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000

Bush-Administration als fehlerhafte Anwendung eines an sich richtigen Konzepts, der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Sept. 2002.¹²

Wer allerdings an kommunikativ und öffentlich erzeugter Geltung als eigentlicher Quelle legitimer Politik festhält, wird hinsichtlich der US-Politik zu einer anderen Diagnose kommen. Allein die Fülle von Handlungen der US-Regierung, die, zurückhaltend gesagt, kommunikativ irritieren, drängt zu der Frage, ob es sich nicht um den systematischen Versuch handelt, eben diejenigen Sphären zu ruinieren, in denen rechtsförmig oder argumentativ öffentliche Geltung erzeugt wird. Die Sphären des Rechts und der argumentierenden Öffentlichkeit stehen einer entgrenzten Machtpolitik in zwei Hinsichten im Wege: Sie implizieren erstens die Anerkennung von Wechselseitigkeit, schließen Doppelmoralen also strukturell aus, und sie bilden zweitens ein Forum wirkungsvoller Kontrolle der Macht durch „citoyens“ und gesellschaftliche Kräfte.

Diese weitreichende Annahme braucht sich nicht allein auf die offene Missachtung von Völkerrecht und UN im Zuge des Irak-Kriegs zu stützen. Auch die Verweigerung elementarer Rechte für die Gefangenen in Guantánamo (und vermutlich an weiteren Orten) und deren demonstrative menschliche Entwürdigung durch Käfighaltung und übergestülpte Kapuzen wie umgekehrt die weitgehende Freistellung amerikanischer Soldaten und Agenten von rechtlicher Verantwortung können nicht als Folge bloß situativer politischer Handlungsweise gedeutet werden. Gleiches gilt, wie zu zeigen ist, für die öffentliche Präsentation der US-Politik: Sie ist theatralische Inszenierung von Macht und ironische Verweigerung von Konsistenz.

„Auf dem Pferd dort, unter dem Tor der siegreichen Einmärsche, und mit Zügen steinern und blitzend, ritt die Macht“, heißt es in Manns „Untertan“¹³, und wer sähe heute nicht in einem parallelen Film Bush und Blair zur Pressekonferenz schreiten, leicht gegeneinander versetzt, ebenfalls „blitzend“ und mit angewinkelten Armen, die Hände optimal zum imaginären Halfter. „Sie haben den Film ‚High Noon‘ gesehen? Wir sind Gary Cooper“, sagt Donald Kagan, Vater von Robert und einer der neokonservativen Doyens.¹⁴ Der kaiserliche Schauspieler Wilhelm II schuf noch selbst ein Leitbild aggressiver Männlichkeit, Bush (und Blair) besetzen als Schauspieler des Schauspielers das Körperbild des Westernhelden, dessen sportive

¹¹ Vgl. insb. Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München 1926

¹² Nye, a.a.O., S. 60ff.

¹³ Heinrich Mann, Der Untertan, München (dtv) 1964, S. 47

Bereitschaft zu töten die Dinge wieder unter Kontrolle bringt. Alle Gründe für den Irak-Krieg, meint Norman Mailer, laufen schließlich auf einen hinaus: die Moral der sozialen Schlüsselgruppe, des weißen amerikanischen Mannes, zu heben.¹⁵

„Wir können nur Vermutungen darüber anstellen, worin die Agenda unserer Regierung besteht. ... Wir haben wirklich keine Ahnung.“¹⁶ Die Ratlosigkeit, mit der Richard Rorty dem Irak-Krieg gegenüberstand, verdankt sich einer beispiellosen Distanz zwischen Tragweite der Handlung und Dürftigkeit der Begründung. Einen Krieg zu führen, der für jedermann offenkundig den Tatbestand eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges erfüllt, setzt, so sollte man meinen, starke und beweissichere Gründe der zumindest nachträglichen Rechtfertigung voraus. Nichts davon, wie bekannt, im Fall des Irak-Kriegs. Jeder angeführte „Beweis“ konnte von kompetenter Seite sofort bezweifelt oder sogar widerlegt, jede politische Begründung mit starken Argumenten in Frage gestellt werden.

Aus der Perspektive der US-Regierung war die Frage von Beweisen, die öffentlich standhalten könnten, freilich irrelevant. Denn die Pointe des Handlungsrahmens, den sie sich in der Nationalen Sicherheitsstrategie 2002 (NSS 2002)¹⁷ geschaffen hatte und für dessen Anwendung auf den Irak die Resolution des Kongresses v. 10./11. 10 2002 der Regierung freie Hand gegeben hatte, bestand ja nicht nur darin, dass der Begriff der „Präemption“ „von der Existenz einer unmittelbaren Bedrohung“ entkoppelt wurde. Der Begriff der „Bedrohung“ selbst, als alles entscheidendes Kriterium, wird aus der ‚Sichtbarkeit‘, der Öffentlichkeit, in der Wahrnehmungen und Gründe geprüft werden könnten, in den rechtfertigungsfreien Raum der Bedrohungswahrnehmung der Herrschaftszentrale zurückgenommen. Dass dies damit begründet wird, dass terroristische Angriffsvorbereitungen ihrer Natur nach eben nicht sichtbar seien, macht die Sache schlimmer, weil damit der Unterschied zwischen terroristischer und staatlicher Gewalt eingeebnet wird, der ja in der Bindung an Recht und Verfahren, also in der öffentlichen Kontrolle staatlicher Gewalt besteht. Konflikttheoretisch gesehen installieren die Entgrenzungen von „Bedrohung“ und „Prävention“ (oder „Präemption“ oder, wie es in NSS 2002 auch heißt, „antizipatorischer Selbstverteidigung“) eine Spirale von Verdacht und militärischer

¹⁴ Franziska Augstein: Amerika für alle. Süddeutsche Zeitung 12./13. 4. 03

¹⁵ Norman Mailer, Por el ego del hombre blanco, El País, 4. 5. 03. – Wiedergaben oder Zitate aus spanischen oder französischen Zeitungen in eigener Übersetzung

¹⁶ Richard Rorty, Kabale und Lüge. Der neue amerikanische Patriotismus, Frankfurter Rundschau, 19. 4. 03

Prävention, in der Handlungsfreiheit ständig in Handlungszwang umschlagen kann. Demokratietheoretisch betrachtet fixiert NSS 2002 ein Herrschaftskonzept, welches sich von der Last öffentlicher Rechtfertigung sogar äußerster Formen staatlicher Gewalt weitgehend befreit.

Aus der *Perspektive dieses Konzepts* gingen die Bush-Administration und die Regierungen der Kriegs-Koalition mit den Forderungen nach Beweisen und öffentlich standhaltenden Kriegsgründen, wie sie von den konkurrierenden Agenden der Irak-Politik der UN, den Normen des Völkerrechts und diskutierenden Öffentlichkeiten ausgingen, gelassen bis demonstrativ verachtend um. Die katastrophalen Flops¹⁸ von der plagiierten, zudem veralteten Diplomarbeit (Blair-Dossier und Powells „Beweis-Präsentation“ am 5. 2. 03 vor dem Sicherheitsrat) über den mittels gefälschter Dokumente erfundenen Urankauf in Niger (Bushs Rede an die Nation 20. 1. 2003, wobei nicht störte, dass durch eine eigene Untersuchung die Fälschung bereits ein Jahr zuvor aufgedeckt worden war), über die fahrbaren „Bio-Waffen-Labors“ (Powell – Präsentation v. 5. 2. 03) bis zu den angeblich binnen 45 Minuten einsatzbereiten irakischen Massenvernichtungswaffen (Blair-Dossier v. 24. Sept 03) hinterließen bei ihren Urhebern offenbar weder Scham noch Reue.

Ganz unumwunden gestand der stellvertretende US-Verteidigungsminister Wolfowitz, der als Architekt der amerikanischen Irak-Politik gilt, einige Wochen nach Kriegsende in einem Interview, die Massenvernichtungswaffen des Irak seien keineswegs der wichtigste Kriegsgrund gewesen, sondern aus „bürokratischen Gründen“ (!) in den Vordergrund geschoben worden, weil „es der eine Grund war, dem jeder zustimmen konnte“.¹⁹ Wolfowitz' Chef Rumsfeld hatte bereits während des Krieges, am 30. 3. 03, sein Desinteresse sarkastisch deutlich gemacht („Wir wissen, wo die Waffen sich befinden, um Tikrit und Bagdad herum, im Osten, im Westen, im Norden und im Süden“²⁰), und Präsident Bush ließ seinen Sprecher die kurze Debatte um die Irreführung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Massenvernichtungswaffen mit der Bemerkung beenden: „Der Präsident hat die Sache hinter sich gelassen. Und, offen gesagt, der größte Teil des Landes auch.“²¹

¹⁷ Blätter f. dt. u. intern. Politik, 12/2002, S. 1505 – 1511 (Auszüge) – Zitat S. 1509

¹⁸ Vgl. insbes. die Zusammenstellung in Le Monde, 17. 7. 03 sowie Die Zeit, 17. 7. 03, El País, 17. 7. 03, Frankfurter Rundschau 17. 7. 03, ferner Spiegel, 12/2003, Stern 13/2003 und El País v.3. 6., 9. 7. u. 11. 8. 03

¹⁹ Darmstädter Echo 31. 5. 03

²⁰ Zit. nach Le Monde, 17. 7. 03

²¹ Die Zeit, 17. 7. 03

Die provokativen Dethematisierungen einer Frage, die vor dem Kriegsgang mit existentieller Dringlichkeit ausgestattet worden war, führen unüberhörbar eine Botschaft der Nicht-Achtung mit sich. Den Adressaten wird verweigert, worauf Kommunikation als Verständigung nur aufbauen kann: die Zuerkennung eines partnerschaftlichen Status, der Berechtigung, zu verstehen, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit einzufordern, mithin die Bildung eines gemeinsamen Horizonts auf der Grundlage geteilter Regeln der Geltung.

Statt Diskurs und Teilhabe Treue und Gefolgschaft?

Während die nach dem Prinzip der Doppelmoral aus der Sphäre der Wechselseitigkeit Ausgeschlossenen als „Schurkenstaaten“ oder als „schlechte Menschen“²² aus dem Geltungsbereich des Rechts gedrängt werden, zielt die Verweigerung von *kommunikativer* Wechselseitigkeit insbesondere auf diejenigen, deren rechtlicher Status bislang nicht in Zweifel gezogen werden kann: die demokratischen Staaten der nordwestlichen Welt und deren Bürger.

Im Umgang mit diesen Staaten hat die US-Administration ihre Verkehrsform ohne viel Federlesens vom (jedenfalls grundsätzlich beachteten) Modus der Partnerschaft auf einen Modus der Gefolgschaft umgestellt. Handlungsleitend im Modus der Gefolgschaft sind bekanntlich nicht Einsicht und Überzeugung, sondern vorbehaltlose Treue gegenüber dem Herrn, dem man „durch Dick und Dünn“ ohne eigene Prüfung von Richtigkeit oder Recht folgt. Die atemberaubende Verknüpfung modernster Technologie und beispielloser militärischer Macht mit den Verkehrsformen einer vormodernen sozialmoralischen Ordnung verweist auf den konservativ-revolutionären Doppelcharakter dieser Politik und deren tiefgreifende Folgen: wenn politische Entscheidungen sich nicht mehr in Diskurs und Argumentation rechtfertigen müssen, sondern ihre Geltung durch Gefolgschaft gesichert wird, revidiert dies die Grundregel, der alle politischen Beziehungen bis zu den Teilhabeprozessen der Bürger folgen.

Auf nahezu skurrile Weise schlägt sich dieser Paradigmenwechsel von „Teilhabe“ zu „Gefolgschaft“ in einer quasi-höfischen Ordnung des symbolischen Zugangs zur Macht nieder, die an die Auszeichnung erinnert, die die Anwesenheit beim Levée des „Sonnenkönigs“ bedeutete. Wer wann mit Bush telefoniert hat oder ihm hat die Hand

²² So Bush über die Gefangenen in Guantánamo; Frankfurter Rundschau, 19. 7. 03

schütteln oder gar – etwa durch ein „presidential drop-in“²³ - für einige Minuten mit ihm die Atemluft hat teilen dürfen wie ein deutscher Nachwuchspolitiker, gilt willigen Medien auch hierzulande als Nachricht über den eigentlichen Stand der Dinge. Andere Register erinnern an die brutaleren Seiten traditionaler Erziehungsverhältnisse. Lob und Tadel, einschließlich der Androhung von „ernsten Konsequenzen“ und „Bestrafungen“²⁴ werden in der Manier eines Oberlehrers der Weltgeschichte verteilt. Während Länder wie Spanien, die den Krieg unterstützt haben, so Colin Powell, „beruhigt sein können, weil sie sich auf der richtigen Seite der Geschichte befinden“, sollte Frankreich, weil es „keine konstruktive Rolle“ gespielt habe, offenbar in eine Art Vorhölle der Schurkenstaaten versetzt werden.²⁵

Auf einer anderen Ebene greift in die Struktur einer Geltung prüfenden und erzeugenden Öffentlichkeit eine Sprechhaltung ein, die ihre Äußerungen stets mit der Botschaft unbestreitbarer Gültigkeit einfärbt. Die Rhetorik der unbestreitbaren Geltung bedient sich vor allem zweier Mittel: des Ausschlusses konkurrierender Perspektiven und der Immunisierung gegen Nachprüfung.

Ersteres ist beispielhaft an den Äußerungen von Condoleezza Rice, der Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, in einem Gespräch mit „Le Monde“ zu beobachten.²⁶ Wie ein Leitmotiv durchzieht ein „Je ne comprends pas“ ihre Aussagen über französische Positionen. Wie kann man der Befreiung des Irak die Anerkennung versagen, Amerika für gefährlicher halten als Saddam Hussein oder sich noch für Arafat interessieren? Die Äußerung des Unverständnisses zieht ihre rhetorische Wirkung aus der Unterstellung einer illegitimen Weltsicht, einer Perspektive, deren Horizonte sich aus der eigenen, richtigen, gar nicht erschließen. Es ist die Pariser Sicht der Problemstellung selbst, die nach Rice in Washington „großes Befremden“ hervorgerufen hat.

Das andere Mittel der Rhetorik der unbestreitbaren Geltung zeigt sich im Kommunikationsverhalten der US-Administration *und* ihrer Verbündeten in zwei charakteristischen Ausprägungen: in der Verweigerung von Konsistenz, also von logischer Stimmigkeit und zeitlicher Festigkeit der eigenen Aussagen, wie sie im Spiel der Kriegsgründe à la carte besonders deutlich und provozierend hervortrat, und in dem demonstrativen Anspruch, durch eigene Aussagen Wirklichkeit zu

²³ So Roland Koch; Frankfurter Rundschau 17. 5. 03

²⁴ El Mundo, 24. 4. 03; El País, 24. 4. 03; auch FR 24. 5. 03

²⁵ El Mundo, 24. 4. 03

definieren und sie zugleich der Nachprüfbarkeit zu entziehen, indem Beweis- oder Begründungspflichten offensiv negiert werden. Diese Variante von Definitionshoheit mit offensiver Begründungsverweigerung pflegt etwa der spanische Regierungschef Aznar, der sich noch im August 2003 schlicht weigerte, in einer eigens einberufenen Sondersitzung des spanischen Parlaments zur Entsendung spanischer Truppen in den Irak und ihrer Situation dort Stellung zu nehmen.²⁷ „Halten Sie ein, José Maria Aznar“, hatte schon im März Baltasar Garzón, der durch seine Ermittlungsverfahren gegen Pinochet, die ETA und Al Quaida bekannte Ermittlungsrichter, dem Ministerpräsidenten zugerufen. Nie habe er „einen vergleichbaren Grad von Zynismus bei gewissen politischen Führern“ wahrgenommen, die jedes Mittel der Demagogie und Manipulation nutzten, um „tiefe Verwirrung in den Köpfen der Bürger“ zu stiften.²⁸

Demokratie braucht einen Horizont von Objektivität

Was die leidenschaftliche Intervention Garzóns ausgelöst hat, ist die faktische Negation der Staatsbürger-Rolle in der Regierungspraxis der spanischen wie der US-Regierung. Zu deren Ausübung wäre eben das erforderlich, was diese Regierungen ihren Bürgern verweigern: ein gemeinsamer und verlässlicher Rahmen des Verständnisses dessen, was der Fall ist. Stattdessen, so Garzón, verachten die Regierenden Tag für Tag die, die sie gewählt haben, indem sie sie „zwingen, eine nicht-existierende Realität und einen Stand der Dinge zu akzeptieren, der in allen Stücken durch einen von ihnen hergestellt worden ist, um den Albtraum zu rechtfertigen, den gegenwärtig fast alle Länder der Erde durchleben“. Garzón deutet, gewiss nicht zu Unrecht, die Demonstrationen des 15. Februar 2003 nicht nur aus der verbreiteten Sorge um den Frieden, sondern auch als „authentische Rebellion“ der citoyens. Was sie am 15. Februar verteidigt haben, so ließe sich hinzufügen, waren nicht nur Friede und internationale Rechtsordnung, sondern auch die Kernvoraussetzung staatsbürgerlichen Selbstbewusstseins: dass es einen nicht antastbaren Bestand an Regeln überindividueller Geltung gäbe, durch die die Urteilsfähigkeit der Subjekte sich auf einen Horizont von Objektivität und Welt beziehen könnte, dem die Regierenden gleichermaßen unterworfen wären.

²⁶ Le Monde, 1./2. 6. 03

²⁷ El País, 20. 8. 03

²⁸ Le Monde, 11. 3. 03

Die Herausforderungen des weltpolitischen Paradigmenwechsels von Partnerschaft zu Gefolgschaft, von Wechselseitigkeit zu Doppelmoral, von Geltungsdiskursen zu begründungsfreier Definitionsmacht stürzen also nicht nur das System des internationalen Rechts und der internationalen Beziehungen in eine Krise, sondern auch – am anderen Ende, an der „Basis“ – die Staatsbürgerschaft als subjektive Form der Demokratie, also das Vermögen der Individuen, citoyens sein zu können. Auch wenn die Demonstrationen des 15. Februar als Aufbegehren der citoyens gedeutet werden können, auch wenn in den westeuropäischen Ländern Ablehnung und Skepsis gegenüber der Irak-Politik als Exempel der weltpolitischen Herrschaftspraxis der US-Regierung nach wie vor deutlich zu überwiegen scheinen, ist auch im Hinblick auf die subjektiven Voraussetzungen der Demokratie der Ausgang der Krise offen. Die unverblünte Rückkehr zur „Machtpolitik“ und deren offensichtlich desaströse Folgen haben aber – paradoxerweise – die Einsicht gestärkt, dass Auseinandersetzungen um den politischen Gang der Dinge und den erwünschten Zustand der Welt letztlich nicht durch die Mittel der Macht, sondern in den Köpfen entschieden werden. Wer politischer Sozialisation durch Inszenierung und Kult der Macht, also durch die mitgeführte Botschaft, dass Macht keiner anderen Legitimation bedürfe als sie selbst, nicht das Feld überlassen will, wird auf die Stärkung selbstbewusster politischer Diskurse in den Arenen politischer Öffentlichkeit setzen müssen und – im Hinblick auf die Heranwachsenden – auf eine politische Bildung, die weiß, dass ohne die Verteidigung eines Horizonts von Objektivität, also allseitiger Regeln intersubjektiver Geltung, Urteilsfähigkeit als Grundlage politischer Teilhabe weder zu erlangen noch auszuüben ist.